

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit
mit Unterhaltungsbeilage Die illustrierte Zeit
und Sonntagsbeilage Feierabend

Bezugspreise:
Abgabe A mit 3 Beilagen vierteljährlich 2,10 M. In
Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2,50 M.;
in Ostpreußen 2,80 M.
Abgabe B nur mit Feierabend vierteljährlich 1,80 M. In
Dresden und ganz Deutschland frei Haus 2,20 M.; in
Ostpreußen 2,50 M. — Einzelnummer 10 Pf.
Wochensatz erscheint die Zeitung regelmäßig in den ersten
Nachmittagsstunden; die Sonntagsnummer erscheint später.

Einlagen:
Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familien-
angelegenheiten bis 11 Uhr.
Preis für die Zeitungsbeilage 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf.,
für unentgeltlich geliehene, sowie durch Zeitungsbesitzer an-
gegebene Einlagen können nur die Verantwortlichen für die
Richtigkeit des Textes nicht übernehmen.
Reklamations-Sprechstunde: 10 bis 11 Uhr vormittags.
Für Abgabe einzelner Beilagen macht sich die Redaktion
nicht verantwortlich; Abfertigung erfolgt, wenn Rückporto be-
zahlt ist. Briefliche Anfragen an Anstaltsportale beizubringen.

Nr. 25

Geschäftsstelle und Redaktion
Dresden-N. 16, Holbeinstraße 46

Sonnabend den 31. Januar 1914

Fernsprecher 21366

13. Jahrg

Gebr. Wohlauf
Dresden A
Handschuhe
Altmarkt 8 und Prager Straße 34

Beste Bezugsquelle!
Vorzügliche PIANINOS
neue und gebrauchte, alle Holz- und Stahlar-
ten sowie nach Zeichnung
HARMONIUMS von 60 Mark an
Klasse Auswahl, günstige Zahlweise, hohe
Kassensparat! Miet-Pianos!
STOLZENBERG: DRESDEN
Johann-Georgen-Allee 12

Das Schlüsselkapitel von Zabern

Ueberraschend kommt die Meldung von der Gesamt-
demission der reichsländischen Regierung nicht, obwohl man
sie eigentlich für einen späteren Zeitpunkt erwartet hatte.
Die Entscheidung des Kaisers steht allerdings noch aus,
aber es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß die Rücktritts-
gesuche der reichsländischen Minister, wie auch des alten
Statthalters angenommen werden. Ein Revirement in der
reichsländischen Zivil- und auch Militärverwaltung mußte
nach all den unerquicklichen Vorgängen der letzten Zeit den
Abschluß der Zaberner Ereignisse bilden, und es gereicht der
reichsländischen Regierung zur Ehre, daß sie die Bahn frei
macht für eine gute und nachhaltige Gesundung der Zu-
stände in den Reichsländern. Dem Wunsch des Kanzlers,
daß die in Zabern geschlagene Wunde in Ruhe ausheilen
soll, kommt die Straßburger Regierung durch ihren Rück-
tritt am besten nach, denn sie kann sich den von der Reichs-
regierung in der Zabernangelegenheit vertretenen Stand-
punkt nicht zu eigen machen, so daß allezeit in dieser Sache
eine Spannung zwischen der elsass-lothringischen Regierung
einerseits und der reichsländischen Militärverwaltung und
der Reichsregierung andererseits bestehen bleiben würde. Die
Straßburger Regierung hat in der Verwaltung der Reichs-
lande nicht immer eine glückliche Hand gehabt — man braucht
nur an ihren Versuch aus dem letzten Jahre zu erinnern,
für Elsass-Lothringen Ausnahmeerlasse im Vereins- und
Presswesen zu schaffen — und man kann nach den Verhand-
lungen vor den Straßburger Kriegsgerichten auch nicht mehr
zweifeln, daß die reichsländische Zivilverwaltung wegen ihrer
Haltung zu den Zaberner Vorgängen wohl begründete Vor-
würfe zu machen; immerhin dürfte der Rücktritt des Staat-
halters und des Gesamtministeriums bei der reichsländischen
Bevölkerung unwillig aufgenommen werden, wenn nicht
gleichzeitig auch in der reichsländischen Militärverwaltung
gewisse Veränderungen vorgenommen würden, die einen ge-
wissen Ausgleich darstellen würden. Die elsass-lothringische
Bevölkerung ist seit Jahren vielfach zum ersten Male mit
ihrer Regierung einig und würde es darum verständlicher-
weise als eine Verletzung ihres Rechtsgefühles empfinden,
wenn nach den Straßburger Freisprüche, die dem Militär-
Sieg auf der ganzen Linie brachten, nun auch noch die Re-
gierung über die Klänge springen müßte. Daß diesbe-
züglich überhaupt geht, damit wird sich die reichsländische Bevölke-
rung wohl bald abgefunden haben, wenn die Stunde des
Rücktritts für die Bewahrung eines guten Andenkens in den
Reichsländern auch gut gewählt ist; aber ruhige Verhältnisse
werden doch erst dann wieder eintreten und die Zaberner
Wunde wird sich nur dann bald schließen, wenn auch der eine
oder andere militärische Posten neu besetzt wird. Am wenig-
sten gern sehen die Elsass-Lothringer wohl ihren Statthalter
Grafen von Wedel aus seinem Amte scheiden, da er es wie
keiner seiner Vorgänger verstanden hat, sich das Vertrauen
der Bevölkerung zu erwerben und er auch offenkundig von
dem Gedanken befeelt war, durch verständliche Gesinnung
und verständnisvolles Entgegenkommen die Reichsländer
immer fester und inniger mit dem Reich zu verbinden. Doch
der Rücktritt des Statthalters war schon längst beschlossene
Sache, da sein hohes Alter ihm die Führung der Regierung-
geschäfte immer mehr erschwerte. Das Scheiden des Staats-
sekretärs Born von Bulach und des Unterstaatssekretärs
Rondel wird von der Bevölkerung wohl weniger schmerzlich
empfunden werden. In ihnen erblickte man die Träger
der schwankenden Politik, über die in Elsass-Lothringen in
den letzten Jahren so viel geklagt worden ist. Tragisch er-
scheint es vorderhand noch, ob auch die Rücktrittsgesuche der
Unterstaatssekretäre der Justiz und der Finanzen, Dr. Petri
und Köhler, angenommen werden, einmal, weil diese Mini-
ster in der Zaberner Angelegenheit kaum hervorgetreten
sind, und dann auch, weil sie ihr Amt im allgemeinen auch
zur Zufriedenheit der Elsass-Lothringer verwaltet haben.
Ueber die Kandidaten für die neue Regierung gehen bereits
viele Gerüchte um; man nennt als Kandidaten für den
Statthalterposten den Fürsten Witlow, den Freiherrn von
Zorckmer-Rieser und den kommandierenden General in
Karlsruhe, Freiherrn v. Heiningen. Wer von diesen oder
anderen auch der Auserwählte sein sollte, man darf jeden-
falls den Wunsch des Abgeordneten Zehrenbach voll und
ganz teilen, daß, wenn die Elssässer eine andere Zivilgewalt
bekommen, sie eine kräftige, aber verständnisvolle Politik
treiben wird, eine bessere als bisher.

Sächsischer Landtag

Dresden, den 30. Januar 1914
Zweite Kammer
Die Zweite Kammer erledigte mit ihrer heutigen 31.
öffentlichen Sitzung in Gegenwart des Staatsministers
v. Seydewitz und des Ministerialdirektors Geh. Rat Dr.
Eberich mehrere Eisenbahnangelegenheiten.
Abg. Gleißberg (Natl.) referierte zunächst über
Tit. 21 von Kap. 16 des ordentlichen Etats betr. den Aus-
bau des Eisenbahnfernsprednetzes (erste Rate). Er bean-
tragte namens der Finanzdeputation B, die Kammer wolle
beschließen: die in Tit. 21 von Kap. 16 des ordentlichen
Staatshaushaltssets für 1914/15 angeforderte erste Rate
für den Ausbau des Eisenbahnfernsprednetzes in Höhe von
300 000 Mark, mithin gemeinjährig 150 000 Mark als fünf-
jährig wegfallend nach der Vorlage zu bewilligen.
Die Kammer schloß sich einstimmig und ohne Debatte
dem Votum der Deputation an.
Derselbe Referent berichtete dann über die Petition des
Gemeinderates zu Reusdorf bei Waldheim um Errichtung
einer Haltestelle für Personenverkehr an der Chemnitz-
Niesauer Eisenbahn. Er beantragte namens der Finanz-
deputation B, die Petition auf sich beruhen zu lassen.
Auch hier schloß sich die Kammer dem Deputations-
antrage einstimmig an.
Abg. Rischke-Verstich (Natl.) referierte nunmehr
über die Petition der Stadtgemeinde Liebstadt und Genossen
um Erbauung einer Eisenbahn durch das Seidenwäldchen bis
Liebstadt. Namens der Finanzdeputation B beantragte er,
die Kammer wolle beschließen, die Petition der Staats-
regierung zur Erwägung zu überweisen.
Abg. Dr. Spieß (Natl.) weist darauf hin, daß der
Bau dieser Bahn außerordentlich fördernd für den dortigen
Verkehr sein werde, weshalb er die Kammer bitte, dem Vo-
tum der Deputation zuzustimmen.
Abg. Dr. Böhm (Natl.) schließt sich den Anstren-
gungen des Redneren an und dankt auch der Staats-
regierung für ihr Wohlwollen und ihr Entgegenkommen in
dieser Angelegenheit.
Derselbe Referent berichtete dann über die Petition der
Stadt Niesau und Genossen um den Bau einer normalspurigen
Eisenbahn Niesau—Strebka Landesgrenze mit Anknüpfung an
die genealogische Eisenbahn Torgau—Walden am dem linken
Elbufer. Sein Antrag ging dahin, die Petition der städti-
schen Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.
Abg. Wedo (Natl.) dankt der Deputation für die
freundliche Behandlung der Petition, wenn er auch noch eine
etwas bessere Jenur gewünscht hätte. Er hat die Staats-
regierung, Arbeit darüber zu schaffen, ob die Bahn bis zur
Landesgrenze gebaut werden könne.
Abg. Grenlich (Natl.) bittet die Staatsregierung,
die Wünsche der Petenten besonders auch im Interesse der
starken Industrie der dortigen Gegend zu erfüllen. Die
Städte Torgau und Walden hätten schon lange den Wunsch
nach einer Bahnverbindung, die sich auch nicht unrentabel
gestalten werde, da sie durch die dicht besiedelte Elb-
ebene führe. Auch Gröba und Strebka wünschten, daß die Bahn
recht bald gebaut werden möchte.
Die Kammer stimmte hierauf dem Votum der De-
putation einstimmig zu.
Abg. Rischke-Verstich (Natl.) referierte dann über
die Petition des Stadtrates zu Wolfenstein und Genossen
um Fortführung der Preussischbahn Wolfenstein—Walden
von Schmalzgrube bis zur Landesgrenze bei Christoph-
hammer in Böhmen. Sein Antrag ging dahin, die Petition
auf sich beruhen zu lassen.
Abg. Dr. Seyfert (Natl.) bemerkt, daß man die
Interessenten von Sachsen immer auf Oesterreich und die
jungen von Oesterreich immer auf Sachsen verweise. Jeden-
falls sei das Bedürfnis nach einem Uebergange unbestreit-
bar. Er hoffe deshalb, daß dort doch noch einmal eine Ver-
bindung geschaffen werden möchte.
Abg. Brodau (Fortf.) : Wenn auch das Projekt
der Bahn in dieser Session nicht weiter gediehen sei, so hoffe
er doch auf spätere Zeiten. Er gebe zu, daß das Projekt von
Sachsen nicht allein ausgeführt werden könne. Deshalb
sei es erfreulich, daß sich die sächsische Staatsregierung nicht
ablehnend verhalten wolle, wenn Oesterreich sich beteilige.
Zu wünschen sei, daß die beiden Regierungen die Ange-
legenheit gemeinsam in die Hand nehmen, um endlich ein-
mal zum Ziele zu kommen.

Abg. Seymann (Natl.) verweist auf die vielen
Zabriter in der dortigen Gegend, die jetzt ihre Kohlen unter
großen Schwierigkeiten und unter hohen Kosten beziehen
müßten. Schon aus diesen Gründen seien die Wünsche der
Petenten berechtigt. Im übrigen schließt er sich den An-
forderungen seiner Redner an.
Staatsminister v. Seydewitz betont, daß sich die
Staatsregierung einem Bahnanschlusse nicht widersetzen
werde, wenn die Oesterreichische Regierung die Angelegenheit
in die Hand nehmen würde. Es würde also die Aufgabe
Oesterreichs sein, die Strecke zu bauen.
Die Kammer nahm hierauf das Deputationsvotum
gegen 2 Stimmen an.
Zum Schlusse referierte Abg. Menck (Natl.) namens
der Finanzdeputation B und die Petition Hermann Volkes
in Oberlichtenau und Genossen um Verbesserung des Ver-
sonenzuganges nach der Station Oberlichtenau von Gars-
dorf aus.
Er beantragte: die Kammer wolle beschließen: die Pe-
tition auf sich beruhen zu lassen.
Abg. Claus (Natl.) bedauert das abfällige Votum
der Deputation, da die Bälle nach Oberlichtenau besonders
von vielen Arbeitern benutzt würden. Er hoffe, daß sich auch
die Gemeinde der Sache noch annehmen werde und daß eine
gleiche Petition in Zukunft ein günstigeres Urteil erhalte.
Die Kammer stimmte hierauf dem Beschlusse der
Finanzdeputation B einstimmig zu.
Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr. Tagesordnung:
Zahlberatung über den Ausbau der Bahnhöfe Schanitz
und Meichen. Petitionen.

Die Mitglieder beider Kammern unternehmen am
nächsten Mittwoch, 4. Februar, eine gemeinsame Sitzung
nach Oberlichtenau, um sich über den gegen-
wärtigen Zustand des Winterportals zu orientieren. Der
Zug der Generaldirektion der Staatseisenbahnen
verläßt früh 8 Uhr den Dresdener Hauptbahnhof und trifft
mittags 12 Uhr in Oberlichtenau ein, wo das Mittags-
mahl gemeinschaftlich eingenommen werden soll. Nach-
mittags 5 Uhr 10 Min. wird die Rückfahrt nach Dresden an-
getreten, wo der Extrazug abends gegen 10 Uhr wieder
eintrifft.

Deutsches Reich

Dresden, den 30. Januar 1914

— Der Seniorenausschuß des Reichstages einigte sich
am Freitag, den 27. Januar, den Beginn der Plenarsitzung am Sonn-
abend, den 31. Januar, auf 12 Uhr mittags festzusetzen. Am
Mittwoch, den 4. Februar, sollen die Reichstage und die Abge-
ordneten des Reichstages behandelt werden. Nach Erledigung
des Etats des Reichsministers des Innern kommen für die
zweite Sitzung im Plenum des Hauses an die Reihe der
Justizetat, der Etat der Reichsbahn- und Telegraphenverwal-
tung, der Etat der Reichseisenbahnen, kleinere Verträge
und Wahlverordnungen, welche nach Bedarf einzubringen werden.
— Die Wahlprüfungskommission des Reichstages be-
gann am Freitag mit der Prüfung der Wahl des Abgeord-
neten Stowatzki (Hr.), 3. Bezirk, ohne sie zu Ende zu
führen.
— Die Kabinettsprotokolle von 1820. Die „Nordd. Allg.-
Ztg.“ schreibt: „Für die ungeschädliche und vom Reichstager
in seiner letzten Reichstagsrede erzielte Reappräsentation der
Dienstvorschrift von 1890 über den Waffengebrauch des mili-
tären im Frieden sind zunächst beim Kriegsministerium die
notwendigen Vorarbeiten erledigt worden. Demnächst
finden unter Zugrundelegung der vorgeschlagenen und der Reichs-
referat des Justiz- und des Innern kommissionarische Be-
ratungen statt. Auch hat sich der Kriegsminister mit den
zuständigen Stellen für die nichtpreussischen Kontingente in
Verbindung gesetzt, um mögliche Uebereinstimmung in der
Fassung der Vorschriften herbeizuführen.“
— Ein Antrag zum Qualifikationsrecht. Die Abgeordneten
Behrens, Giesberts, Schiffer und Genossen haben im Reichs-
tage folgenden Antrag gestellt: Der Reichstag wolle be-
schließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die von ihm
in der Sitzung des Reichstages am 10. Dezember 1913 dem
Reichstage in Aussicht gestellte Zusammenstellung der Er-
forderungen, die in dem Verlauf der Arbeitsverhältnisse in
Deutschland und in anderen Ländern gemacht worden sind,
auch auszudehnen auf die Erfahrungen über solche Aus-
wüchse des Koalitionswesens im wirtschaftlichen, gesellschaft-
lichen und politischen Leben, die nicht von Arbeitern und
Angestellten und deren Koalitionen, insbesondere aber auf
die Erfahrungen und Maßnahmen, die von Arbeitgeber und
deren Organisationen durch Bekämpfung der gesetzlich ge-
währleisteten Koalitionsfreiheit, Arbeitsausschluß von Ange-
hörigen bestimmter Vereinigungen und Verbände, Zwang
zum Eintritt in Werkvereine, Fütterung schwarzer Listen, ge-